

„Die großen Fabriken“, schreibt der Berichterstatter der „New Yorker Volkszeitung“, „blieben geschlossen, ausgenommen das, wo der Achtstundentag bewilligt worden war. In der Vorstadt Bayview wurde in Allis' Fabrik von etwa der Hälfte der sonst beschäftigten Leute gearbeitet und sechs Kompagnien lagerten an den Bergen, um die Streiker abzuhalten, an die Fabrik zu kommen und Unterhandlungen wegen des Achtstundentages wieder anzuknüpfen. Die Soldaten standen unter dem Befehl des Major Trümmer, eines bekannten Turners und professionellen Politikers. Gegen 8 Uhr Vormittags bildete sich ein Zug von Streikern, denen sich viele Frauen und Kinder als Neugierige anschlossen, bis kein Mensch an Gewaltthätigkeiten dachte und Niemand ahnte, was der „Befehlshaber“ der Milizen im Sinne hatte. Die Leute zogen durch South Bay Street und bogen nach den Bergen, die noch volle 300 Yards entfernt waren. Jetzt war für den tapferen Major Trümmer der Augenblick da, sich den waffenlosen Männern, Frauen und Kindern gegenüber als heldenmüthiger Heerführer zu zeigen. Er rief den Leuten „Halt!“, aber dieselben konnten ihn wegen der weiten Entfernung nicht verstehen und schritten ahnungslos weiter. Ohne weitere Warnung erhielt die uniformirte Wache das Kommando „Feuer!“ und da den Soldaten ja auch schon ans Herz gelegt worden war, beim Schießen auch zu treffen, so leisteten sie ihr Möglichstes in dieser Richtung. Als der Rauch sich verzogen hatte, ergab sich, daß neun Personen entweber getödtet oder tödtlich verletzt worden sind, davon drei oder vier, die gar nicht an dem Zuge theilgenommen hatten, sondern zufällig in der Nähe waren. So wurde Franz A. Kunkel, ein grauhaariger, 60 Jahre alter Tagelöhner, kein Streiker, der auf der Treppe an seinem Wohnhause stand, ins Herz getroffen und augenblicklich getödtet. John Merz, ein zwanzigjähriger Rutscher, fuhr mit seinem Wagen durch 4. Ave., als eine Kugel ihn in die Brust traf und sofort tödtete. John Kavajez, ein zwölfjähriger Knabe, wurde mit seinen Schulbüchern noch unter dem Arm stehend am Boden gefunden. . . .

Und nun begannen, grade wie in Chicago, die Repressionsmaßregeln wider die Führer der Streikbewegung. Paul Grottkau und H. Höpfer, die hauptsächlich für den Achtstundentag agitirten, sowie verschiedene „Anarchisten“, im Ganzen 19 Mann, wurden verhaftet. Ersterer, weil er die Streikenden aufgefordert haben soll, sich nicht wehlos niederschießen zu lassen. Und charakteristisch! Während der große Haufe Rost in Newyork gegen eine Bürgerschaft von 1000 Dollars freigelassen wird, fordert man in Milwaukee für den von ihm als seiner „Wahlgang“ in Acht und Bann gehaltenen Grottkau 5000 Dollars.

Die Bourgeoisie weiß sehr gut, wer ihre gefährlichsten Gegner sind. Uebrigens haben sich die Arbeiter Milwaukee's trotz aller Polizeibrutalitäten, trotz des rasenden Geschimpfes der kapitalistischen Presse nicht einschüchtern lassen. Die „Central Labour Union“ (Zentraler Arbeiterbund) von Milwaukee hielt am 9. Mai eine Sitzung und erließ eine Proklamation, in welcher eine kühne Stellung der Polizei und Miliz gegenüber eingenommen wird. Die Proklamation erklärt, daß die Central Labour Union als solche mit Nichts (Strafensämpfen) nichts zu thun hatte, daß sie aber darauf besteht, daß die Streiker das Recht hatten, den auf sie gemachten Angriff zurückzuweisen. Die Kusträger seien auf Seiten der Vertheidiger der sogenannten „Ordnung“ gewesen. Die Verhaftung Grottkau's wird ein „wohlberechneter Schritt“ genannt, durch welchen beabsichtigt worden sei, die Arbeiterbewegung lahmzulegen.

Ueberhaupt ist das Fraktifizieren der Bombe in der Welt doch nicht so einfach gewesen, als etwa im alten Europa. Wo die Arbeiter gut organisiert waren, haben sie, unbekümmert um das Gebel der Gegner, für ihre Forderungen weitergekämpft, und auch noch eine ganze Anzahl von Siegen errungen. Es ist selbstverständlich, daß die amerikanische Arbeiterpresse in ihrer Beurtheilung der geschilderten Vorgänge das brutale Verhalten der Polizei und Milizen in der gebührenden Weise brandmarkt, ohne übrigens auf eine Kritik der auf Seiten der Arbeiter gemachten Fehler zu verzichten, bzw. die Lehren aus den bei dieser Gelegenheit gemachten Erfahrungen zu ziehen.

Wir behalten uns vor, in einer späteren Nummer auf dieses Thema zurückzukommen, und geben für heute noch einmal der Newyorker „Volkszeitung“ das Wort. Dieselbe schreibt in einem: „Männer oder Feiglinge“ überschriebenen offenen Brief an die amerikanische Presse mit Bezug auf das Vorgehen der Chicagoer Behörden gegen die dortige „Arbeiterzeitung“:

„Wie übrigens der Polizeichef von Chicago Jenseit geübt hat, thut nichts zur Sache. Worauf es ankommt, ist, daß er sie geübt hat, daß ein unter der Konstitution der Ver. Staaten stehender Diener des souveränen und freien Volkes dieser Republik sich dazu hergegeben hat, eines der Grundrechte dieses Volkes mit Füßen zu treten.

Der Artikel I zu der Konstitution der Ver. Staaten bestimmt, daß der Kongreß kein Gesetz machen soll, . . . welches die Freiheit der Rede oder der Presse verkürzt.“ Solange dieser Artikel in der Konstitution besteht, ist Jeder, welcher eigenmächtig die Freiheit der Presse beeinträchtigt oder gar eine Zensur über dieselbe anordnet oder ausübt, als Hochverräther gegen die individuellen Rechte und Freiheiten des Bürgers zu betrachten.

Man mag und vielleicht einwenden, daß zur Zeit in Chicago Ausnahmezustände herrschten, daß die Ruhe der ganzen Stadt auf dem Spiele stand, wenn man das „anarchistische Heftblatt“ weitererschienen hätte lassen.

Welch jämmerlicher Einwand! Erstens trifft er im gegebenen Falle nicht zu, denn die Verhältnisse lagen in Chicago durchaus nicht so, daß aus der einen geplatzten Dynamitbombe ein allgemeiner Aufruhr hätte entstehen können. Und zweitens — ist dies gerade dasselbe Argument, welches seit Menschenjedenkmal stets von allen Tyrannen und Volkspötnern gebraucht wurde, um jede Freiheitsbewegung zu ersticken. „Die Ordnung verlangt es!“ war der ewige Schlagwort auch der Gewaltthäter, gegen welche Gure eigenen Vorfahren das Bollwerk Gurer Konstitution errichtet haben.

Darin soll eben die Macht, die innere Stärke freier, licher Institutionen bestehen, daß sie auch in Sturmzeiten austretend bleiben und nicht beim ersten schwachen Windstoß wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Wo letzteres geschieht, da ruht das ganze Gebäude der Freiheit auf schwankendem Sandboden und kann bei der ersten besten Gelegenheit von dem ersten besten Ordnungsbreiter über den Haufen geworfen werden.“

Aus Oesterreich.

Im Mai 1886.

Vor einiger Zeit machte ein oppositioneller Abgeordneter dem Grafen Taaffe den Vorwurf, daß er Arbeiterversammlungen mit der Tagesordnung: Das Sozialistengesetz, rücksichtslos verbieten lasse. Dadurch werde grade jenen die Möglichkeit einer Aeußerung entzogen, welche einzig und allein kompetent seien, über die Bestrebungen zu sprechen, die in Rauch und Bogen verdammt werden sollen. Geistreich und schlagfertig wie er nun einmal ist, antwortete der Ministerpräsident darauf: „Es ist gelagt worden, daß es eine Absurdität ist oder war, daß als die Sozialisten zusammenkamen und über das Sozialistengesetz Berathungen halten wollten, die Regierung sie aufgelöst hat. Nun, ich bitte, in dem Moment, wo ein Gesetz dem Abgeordnetenhaufe überreicht wird, dürfte es doch nicht angezogen sein, daß die Sache auf der Gasse diskutirt werde.“ „Nachher noch weniger!“ riefen einige Stimmen zu dieser Rechtfertigung, die nur mit der Bezeichnung „zu dumm“ qualifizirt werden könnte. Von der Unhaltbarkeit seiner unsinnigen Aeußerung scheint auch Graf Taaffe überzeugt worden zu sein, denn am 9. Mai fand thatsächlich eine großartige Arbeiterversammlung mit der Tagesordnung: Das Sozialistengesetz, statt. Von den fünf Einberufern war einer, Dr. Kronawetter, ein demokratischer Abgeordneter, zwei waren deputationale Abgeordnete und zwei deutsch-nationale Parteimitglieder. Welche politische Zwecke diese Männer bei der Einberufung vor Augen hatten, ist unbekannt; auch was den Grafen Taaffe demogen hat, die Berathung zu gestatten, w ist man bisher nicht. Seine Vorliebe für seine bürgerlichen Gegner, die Deutsch-nationalen, bestimmte ihn gewiß nicht dazu. Ob er etwas anderes! Was erinnert sich, daß auch im Vorjahre alle Versammlungen über das Sozialistengesetz verboten wurden, nur

jene nicht, in der Dr. Kronawetter, gleich wie in der zuletzt stattgefundenen, das Referat erstattete. Man erinnert sich, daß es Dr. Kronawetter war, welcher den Arbeitern die von der Regierung gespendeten 500 Gulden zur Arrangirung der berühmten Schwenderversammlung vom 14. November 1880 überbrachte, jener Versammlung, in der eine realistische Regierung die Sozialdemokratie dazu benutzte, sie als Triump gegen die Liberalen auszuspielen. Man erinnert sich daran, daß Dr. Kronawetter zwar in allen seinen Reden die herrschenden Mißstände grell beleuchtete, allein niemals noch in seinen Aeußerungen der Regierung direkt nahegetreten ist. Es ist unzulässig, daß sich Dr. Kronawetter fast bei allen Arbeitern der größten Sympathien erfreut. Dem aufmerksamen Beobachter kann es jedoch nicht entgehen, daß der demokratische Magistratssekretär ein feiner Politiker ist, der zwischen Kleinbürgertum und Reaktion, zwischen Proletariat und Regierung, zwischen Recht und Macht ausgezeichnet zu laviren versteht. Dieser Mann war es, der in der letzten Versammlung, zu der sich wohl 10,000 Arbeiter drängten, von denen nur 4000 im Saale Platz fanden, in einer wirkungslosen Rede seine Stimme gegen das geplante Sozialistengesetz erhob. Die Regierung wird ihm deshalb gewiß nicht gram sein, ist doch in allen Blättern zu lesen, daß einige Wochen später derselbe Dr. Kronawetter zu Gunsten der taaffefreundlichen Wirthschaftspartei in irgend einem böhmischen Städtchen eine Rede halten wird.

Nach dem demokratischen Redner sprachen noch vier Arbeiter, sowohl sozialdemokratisch als auch „radikal“. Bei Reus ist nicht gelagt worden. Was ließe sich auch gegen das Schanzgesetz vorbringen, das nicht von den deutschen Genossen schon hundertmal wiederholt worden wäre? Zum Schluß der Versammlung sollte eine Resolution zur Abstimmung gelangen, was von dem anwesenden Polizeioffizier jedoch unterlagert wurde.

Der in dieser Resolution (die wir bereits in voriger Nummer abgedruckt. Reb.) am Schluß erhobene Appell an die sogenannten „Volksvertreter“ hätte füglich unterbleiben können, wenn er nicht als reine Ironie aufzufassen ist. Eine gesetzgebende Versammlung, die das bekannte schändliche Bagabundengesetz, d. h. die kriminelle Bestrafung jedes beliebigen Arbeitslosen ohne Debatte angenommen hat, ist thatsächlich vollständig vom Klassenegoismus erfüllt und hat kein Rechtsgesühl. Bei der Abstimmung über das Sozialistengesetz wird eine wunderbare Einigkeit herrschen. Da wird es keinen Streit der Nationen, der Konfessionen und der politischen Gesinnungen geben. Das Abstimmungsabild läßt sich schon heute ziemlich genau entwerfen. Für das Gesetz werden sans phrase stimmen: die Polen — dieselben Polen, welche so oft für die Freiheit ihrer Nation stritten und die doch wissen sollten, wie das bittere Brod der Verbannung schmeckt. Dann die Tschechen, vom ersten bis zum letzten; die Jungtschechen, welche ungeheuer viel von Freiheit, Volkrecht und Tyrannenthum schwärmen, haben, um den Schein zu wahren, erklärt, daß sie — etwende Kommandanten! — einige „freisinnige“ Amendements zum Gesetze einbringen werden. Dann die Klerikalen und Autonomisten, die Slaven, die Italiener und die Mittelpartei. Dann die Opposition, voran der deutsch-österreichische Klub, von dem einige Mitglieder vielleicht ihren schädigen Liberalismus durch Stimmhaltung aufzuputzen glauben werden, dann einige Mitglieder des deutschen Klubs, dessen Majorität wohl der Abstimmung fern bleiben dürfte, dann vielleicht auch die drei Mann hohe Schönerer-Garde sammt ihrem General, dem die „sozialistische Note“ schon lange ein Dorn im Auge ist. Gegen das Gesetz werden sicher stimmen: die drei Demokraten und der soziale Flügel des deutschen Klubs, etwa 10—15 Mann. Diesen dürften sich noch etliche Wiener Liberale und verschiedene Rationale anschließen. Für das Sozialistengesetz werden im Ganzen etwa 200 Abgeordnete stimmen, mehr als 100 von allen Parteien werden sich der Abstimmung enthalten und ungefähr 30—40 dagegen votiren.

Dem echten Oesterreicher wird dieses Bild vielleicht noch zu optimistisch erscheinen, denn er weiß, was er von dem jüdisch-polnischen Reichthum zu halten hat. Die mythischen Worte Göthe's: „Das Unzulängliche, hier wird's Ereigniß, das Unbeschreibliche, hier wird's gethan!“ passen vortreflich auf den österreichischen Volksterrast. Der Konstitutionalismus im Dabburgerlande lebt nur von Absolutismus Gnaden. Die Reichsboten haben nichts zu sagen als J—A = Ja, und das sagen sie pflichtgemäß unter allen Umständen. Eine parlamentarische Regierung existirt nicht, sondern nur eine Regierung über den Parteien. Diese hält alle Parteien am Schürchen, sie hegt die eine Nation gegen die andere (was hierzulande „Völkerveröhnung“ heißt), und hält dadurch die eine mit der andern im Schach. Es ist die alte Weiterrische Politik, ein wenig mit konstitutionellem Füllsel versehen, womit sich die Völker noch immer zum Karren halten lassen.

In Bezug auf die politische Freiheit ist Oesterreich vor Rußland ein gut Stück voraus, aber hinter Deutschland noch zurückgeblieben. Diese eigenthümliche Mittelstellung bewirkt es, daß die Laizik der österreichischen Arbeiterpartei sich fortwährend ändert und trotz der lebhafte Bewegung noch kein nennenswerthes Resultat erzielt hat. Der Terrorismus ist hier zwecklos, und der Klassenkampf in den legislativen Körperschaften ist unmöglich, denn der Arbeiter hat kein Wahlrecht. Das Pettitioniren und Kompromittiren endlich ist seit jeher fruchtlos geblieben.

Die Unzufriedenheit wächst immer mehr, ist aber auch die Hoffnungslosigkeit. Das österreichische Proletariat befindet sich heute in einem ähnlichen Zustande, wie die französischen Bauern vor 1789, nur ist es geistlich vorgeschrittener. Die herrschenden Parteien, die Bureaucratie, der Feudalismus und die Bourgeoisie, jüchten förmlich den Revolutionsgedanken. Sie jüchten ihn durch ihre laibhaftigen Bedrückungen des Volks, durch ihre Parteinehmer für die Unannehmer im Lohnstreit, durch ihr parlamentarisches Kaufspiel und neuerdings durch ihre Sozialistengesetze. Triumphtrend verkündet ein Tagesheftblatt, daß das Gesetz über die Ausweisung der sozialistischen Vorgehen aus der Kompetenz der Geschwornengerichte, sowie über die Behandlung der verurtheilten Sozialisten als gemeine Verbrecher zwar verfassungsgemäß der Zweidrittel-Majorität bedürfe, dieselbe werde aber erlangt werden, weil die Linke wiederholt erklärt habe, daß die Tendenz dieses Gesetzes zu billigen sei.

Solche Aeußerungen prägen sich dem Bewußtsein des Volkes auf ein. Es sieht alle bürgerlichen Parteien bereit, auf seinen Rücken loszuschlagen, und sein Blut gerath in Wallung. Was hat es denn so schlimmes gethan, gesprochen, gethan, daß man es noch mehr knechten, noch mehr treten will? Es sieht sich nach Freiheit. Thaten das die Bourgeois nicht auch vor 1848? Es gibt weltgeschichtliche Phasen, in welchen neue Ideen mit veralteten Zuständen heftig aufeinanderstoßen. Dann glauben die Vertheidiger der bestehenden Verhältnisse im Kampfe gegen die Reformgedanken am besten mit Gewaltmaßregeln auszukommen. Sie legen der neuen Idee Ketten an. Aber in den Händen der Neuerer werden diese zu scharfen Schwertern, welche die alterthümlichen Zustände in Schutt und Trümmer stürzen. Zu spät werden die österreichischen Reichthäter merken, daß die Einschränkung der Rechte des Arbeiters nicht der Weg ist, der zur friedlichen sozialen Entwickelung führt.

Sozialpolitische Rundschau.

3. März, 26. Mai 1886.

Die Interpellation der sozialdemokratischen Abgeordneten über das Puttkamer'sche Attentat am 21. Mai im Reichstage zur Verhandlung und zu ihrer programmatischen — Erledigung. Die Genossen Hansen, Klever und Reister kennzeichneten den Ullas als das, was wir ihn Eingang genannt, und wiesen an der Hand einer ganzen Reihe von Beispielen nach, daß er bei der üblichen Praxis der preussischen Polizei seine Spitze aus schließlich gegen die Arbeiter richtet. Herr von Bötticher, als Bevollmächtigter des Bundesraths, erklärte, daß diese erleuchtete Körperlichkeit sich weder veranlaßt gesehen habe, noch sich veranlaßt sehen werde, irgend einer Maßregel der preussischen Regierung entgegenzutreten. Der Bundesrath hat sich keine Gedanken gemacht, macht sich keine Gedanken und wird sich keine Gedanken machen. Das überläßt er der preussischen Regierung. Sie ist das Wort und sie ist das Gesetz, und wie kann das Gesetz in eigener Person etwas Ungeheures begehen? Traut man der preussischen Regierung zu, daß sie so ungeheuer ist, nicht den Worten ihrer Verfügungen so abzufassen, daß kein

Staatsanwalt sie packen könnte? Eine solche Unterstellung ist nicht deutsch und nicht patriotisch.

Sprach und setzte sich bescheiden nieder. Die Konservativen, National-Liberalen und Zentrumsleute hatten in rührender Eintracht beschloffen, an der Debatte über die Interpellation nicht theilzunehmen, am Schluß der Debatte ließ sich aber Windthorst doch herbei, dem Minister zu attestiren, daß in dem Gesetz nichts Geheimes enthalten sei. Daß der Ton die Kunst macht und nicht der Text, geht den Zentrumsführer nichts an. Dieser Umstand gilt nur, wenn die Interessen des katholischen Klerus in Frage kommen. Im Uebrigen ist das Sozialistengesetz Gesetz, und so lange es Gesetz ist, ist der Minister in seinem Recht, wenn er von den Rechten, die ihm dasselbe einräumt, den ihm — dem Minister — recht scheinenden Gebrauch macht. Und mit diesem Freibrief für alle Schmeicheleien war dem Rechtsprinzip, das seinen getreuen Champion im Reichstage hat als Herrn Windthorst, Genüge geschehen.

Ramens der Deutschfreisinnigen drückte Herr Bamberger sein Bedauern über den Puttkamer'schen Erlaß aus, der den Verdacht erwecken könne, daß er gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter gerichtete sei. Herr Bamberger hofft, daß das nicht der Fall sei. Er ist ein warmer Anhänger des Koalitionsrechtes und bereit, es im Nothfalle zu verteidigen. Wenn auch nicht grade wie eine brüllende Eberwirth ihr Junges — „es sind nicht immer die edelsten Löwen, die am lautesten brüllen“ — so doch mindestens wie eine sanftflughende Nachtigall. Und erging sich in so seelenvollen eieglichen Tönen, daß das ganze Haus gerührt lautete.

Leider aber sollte diese rührende Stimmung nicht lange andauern. Die Reichstags-Bamberger hatten ihre Rechnung ohne den Ziegenbock Puttkamer gemacht. Der Reichspostminister ist zwar ein mehr oder minder geschickter Komödiant, aber ein sehr schlechter Ruffant. Wenn ein Ziegenbock elegisch wird, erregt sein Gesang die entgegengesetzte Wirkung bei den Hörern, und wenn Herr von Puttkamer von der Reinheit seiner Absichten spricht oder sprechen will, so beweist er jedoch nicht das Gegentheil davon. Es liegt ihm nichts ferner als eine Einschränkung des Koalitionsrechtes, aber — er hält die Früchte des Koalitionsrechtes im Großen und Ganzen für außerordentlich werthvoll, der „materiellen Werth dieses Rechts“ als einer legitimen Waffe des Arbeiterstandes“ in ihm „im höchsten Maße zweifelhaft“. Kann man deutlicher — modern? Konnte es nach einer solchen Erklärung noch zweifelhaft sein, wessen sich die in Preußen-Deutschland ohnehin schwachen Kräfte des Koalitionsrechtes von dem Minister-Ziegenbock zu versehen haben? Und auf diese Erklärungen, gewürzt durch die unerschämtesten Ausfälle auf die Vertrauensmänner der Arbeiter, denen Herr Puttkamer die Ausweisung in sichere Kustadt stellte, sobald dem Hingir-Rowlow Genüge geschehen, blieb der brave Reichstags-Mann Herr Minister die gebührende Antwort in jeder Weise schuldig, so daß selbst die, jeder radikalen Neigung unüberdächtige „Frankfurter Zeitung“ sich zu dem Ausruf veranlaßt sieht:

„Mehr oder weniger sieht der Polizeistaat fast allen Parteien in den Gliedern, und wenn er sich demnach noch herrlicher entfalten sollte, so trägt das Parlament ein gehäuftes Maß von Mißthat.“

Das ist's. Den Polizeistaat können die Herren aus dem eignen Innern nicht herausbringen, wie sollen sie ihn da wirksam nach außen bekämpfen können!

Die Puttkamer und Puttkamerlinge werden „immer tödler“, gleich den zu ihnen gehörigen zwei Herren Köller — dem senior und junior — heitertraurigen Angehenden. Reuig der Ullas gegen das Koalitionsrecht, vor einigen Tagen die Aufhebung des Versammlungrechtes für Berlin und Umgegend, und jetzt die Verhängung des „keinen Belagerungszustandes“ über — Spremberg! Sehr schön! Und wir fragen nur: „Was weiter, Herr von Puttkamer?“

Vorwand des jüngsten Streiks: einige Rekruten sangen die Arbeitermarxliedchen und es gab eine Prügelei, wie sie seit Menschenjedenkmal von Rekruten in Szene gesetzt zu werden pflegen. Grund und Zweck des jüngsten Streiks: dem feischlostrigen „Rothem Geigen“ etwas Oel auf die Lampe zu gießen.

Hören wir jedoch, was man uns aus der belagerten Stadt selbst schreibt:

Spremburg — 11,000 Einwohner — Belagerungszustand! Die Genossen werden, wenn sie diese Zeilen lesen, bereits erfahren haben, daß über unser kleines Spremburg der große — pardon, über das große, große Spremburg der kleine Belagerungszustand verhängt worden ist. Daran ist nun einmal nichts mehr zu ändern; es handelt sich für uns nur darum, den Genossen im In- und Auslande zu berichten, auf welche Art und Weise wir zu diesem „Sozialreform“ gekommen sind.

In den letzten Tagen des April war hier Rekrutirung. Die jungen Burschen sind bei dieser Gelegenheit etwas angeheitert gewesen, was wohl zu entschuldigen und jedenfalls nichts Außergewöhnliches war. Der Polizeichef, Sergeant Dubrich, ein Flegel vom argsten Kaliber, hatte nun schon auf dem Schützenhause, wo die Bestellung stattfand, fortwährend Händel mit den jungen Leuten, indem er ihnen das Bier ausgab, sie mit Du anredete oder vielmehr anschnauzte. Als das Festtagsgeschehen zu Ende war und Alles nach Hause ging, machte sich eine kleine Schar von 6 oder 7 Mann das Betschnägen, ein Tauchentuch an den Späterstock zu binden, und zog unter dem Gesang des Liedes: „Ich bin Soldat doch bin“ u. i. w. der Stadt zu.

Der obgenannte Dubrich versuchte nun, diese Leute zu arretiliren, was ihm jedoch nicht gelingen wollte, denn die jungen Burschen gingen einfach nicht mit. Da es nun grade Mittag wurde und die Arbeiter aus den Fabriken nach Hause gingen, so sammelte sich bald eine aus Schauern, Frauen und Kindern bestehende größere Gruppe von Zuschauern, die neugierig warteten, was aus dem Ding wohl werden sollte. Inzwischen war der Polizeichef, Sergeant Schilling hinzugekommen und hatte durch sein vernünftiges Auftreten die Angeheiterten bereits zum Aussehen der Genossen bewogen, als Dubrich, kaum dort er gesehen, daß er Hilfe hatte, wie ein Wüthender auf einen der Spebenten loszuringen; dieser hielt sich an Dubrich fest, und im nächsten Augenblick lagen beide am Boden. Allgemeine Heiterkeit brach aus, kaum aber besand sich Dubrich wieder auf den Beinen, als er, ohne auch nur irgendwie thätlich angegriffen zu sein, den Degen zog und aus Leibeskräften in die Menschenmenge einhieb, wobei er mehrere Personen ver wundete. Inzwischen waren auch der Landrath Hoffmann, nebenbei gesagt ein Prachtexemplar aus des Schöpfers Biergarten, der Bürgermeister Wirth sowie auch einige Gensdarmen hinzugekommen, und nun ging das Beschalten los, wobei unsere ehrsamten Blüher: der Ruchende der Tuchmacher-Ordnungskasse Adol! Schmidt, gebürtig aus Ramens, sowie noch mehrere andere, gehörig zuriefen. Das war Mittag.

Abends fanden sich wieder einige junge Leute in der Langenstraße ein, um, wie es schien, dem p. Dubrich für sein Verhalten die Jade auszulassen. Der Säbelhieb wurde mit Bier- und Kaffeeflaschen beworfen und retirirte schließlich in ein in der Nähe gelegenes Lokal. Um 9 Uhr brannte in der Bauenerstraße eine Scheune ab, was mit dieser Sache nichts gemein hat, aber die Leute zum Auseinandergehen veranlaßte. Das war der erste Abend.

Sonnabend den 1. Mai, Abends, zogen Männer und Frauen, Jung und Alt, durch die Straßen, aber keiner wußte, was er eigentlich wollte. Bürgermeister und Polizei waren ebenfalls stark vertreten, und so mochte es bis zum Marktplatz hin. Hier wurden von mehreren jungen Leuten verschiedene sozialistische Lieder vorgetragen, woran sich das Publikum im Großen und Ganzen sehr zu amüsiren schien, denn als der Bürgermeister die Menge aufforderte, nach Hause zu gehen, leistete ihm Niemand Folge. Nun forderte der Bürgermeister die Bürger in den anliegenden Lokalen auf, ihn zu unterstützen, was auch geschah. Jeder dumme Junge oder Bürgersohn, der bis dahin lustig mitgemacht und den Aufforderungen des Bürgermeisters zum Auseinandergehen so wenig wie Andere Folge gegeben, packte jetzt seinen Reibenmann an und „haktete“ ihn, oder folgte der Polizei bei der Verhaftung. Wenn bis dahin alles harmlos verlaufen, so war es grade der letztgenannte Umstand, welcher die Leute zum Widerstand reizte. Niemand wollte sich verhaften lassen. Sie setzten sich zur Wehr, und dabei soll mit Steinen und Flaschen geworfen worden sein, doch ist von einer Verletzung nichts bekannt geworden. Bei der Verhaftung wurde nun nicht bonad gefragt,

was Einer gethan hatte, sondern es genügte, daß man der Aufforderung der Behörde, sich zu entfernen, nicht gefolgt war. Wir fragen nun, hätten die Arbeiter nicht mit demselben Recht auch die Bürger verhaften können, die ebenfalls nicht dahin gehend?

Sonntag Vormittag war Magistrats- und Stadtvorordneten-Sitzung, um über die etwa zu treffenden Maßregeln zu beraten. Zu bemerken ist, daß der Bürgermeister in dieser Sitzung erklärte: „Das sind keine sozialistische Kravalle, sondern Dummejungenstreiche, alles schon vorbestrafte Subjekte!“ Es wurde beschlossen, Abends die Feuerwehrr in den Polizeidiens zu stellen, doch wurde sich dieser Beschluß als überflüssig. Alles blieb ruhig, so daß die Feuerwehrzeit hatte, tüchtig zu — wischen, was sie denn auch dran besorgt hat; man konnte die Männer von der Spritze noch früh 4 Uhr in der rechten „Feuchter“ Stimmung nach Hause gehen sehen. Wenn ich schließlich noch erwähne, daß dem Bürgermeister eine Festschreiben seiner Wohnung eingeworfen worden sein soll, so habe ich Alles mitgeteilt, was in Spremberg'schen Redaktionen, von denen noch die spätesten Beschlüßer in Betracht kommen, für sich selbst sich ereignet. 44 Personen sind des Auftrages angeklagt, Staatsanwalt Hauke und Landgerichtsrath Brandtke aus Rottbus leiten hier in Person die Unternehmung.

Und schließlich haben wir nun auch noch, nahezu drei Wochen später, während denen die Ruhe in keiner Weise gestört worden, den kleinen Belagerungsstand und die Aufhebung des Versammlungsrechtes — eine Maßregel, so lobenswerth lächerlich, daß nur eine idiotenhafte Angst oder die eitle Neugier, einem kindlichen Diktator Angst zu machen, sie diktiert haben kann.

Soweit die Justiz. Wir selbst bemerken noch, daß der darin erwähnte Landrath Hoffmann der Verfasser des von uns früher erwähnten Pamphlets für das Plebiszit ist. Der Mann scheint sehr beschränkungslos zu sein. Nun, unsern Segen hat er, denn die Plebiszitfrage wird bei den nächsten Wahlen der Sozialdemokratie zulassen.

Die „Leipziger Zeitung“, das amtliche Organ der sächsischen Regierung, ist sehr ärgerlich darüber, daß der „Sozialdemokrat“ bei Besprechung der Chicagoer Vorkommnisse sich gegen die sogenannte „anarchistische Taktik“ erklärt hat; und da ihr der bezügliche Artikel des sozialdemokratischen Parteiorgans nicht in den Kram paßt, so beugt sie denselben in der ihr eigenthümlichen biederemännlichen Weise, die sich mit einer kleinen Variation des bekannten schwäbischen Bescheins kennzeichnen läßt:

„Eine biffle Trug und Lügeerei
Und a biffle Fälschung ist allweil dabei.
Wenn man das biederemännliche Refum' der amtlichen „Leipziger Zeitung“ liest und den referirten Artikel nicht kennt, so muß man notwendig zu der Ansicht gelangen, der Artikel habe so ziemlich das Gegenheil von dem gesagt, was er in Wirklichkeit sagt. Nämlich: die sogenannte „anarchistische Taktik“ sei „noch nicht“ praktisch, weil die Macht der bürgerlichen Gesellschaft noch zu groß sei — woraus selbstverständlich folgt, daß die „anarchistische Taktik“ richtig wäre, wenn die Macht der bürgerlichen Gesellschaft entsprechend abnimme oder geschwächt würde. Nach dem biederemännlichen Refum' der „Leipziger Zeitung“ hätte der „Sozialdemokrat“ sich also im Prinzip für die sogenannte „anarchistische Taktik“ erklärt, und bios deren verfrühte Anwendung, aus opportunistischen oder Zweckmäßigkeitsgründen verurtheilt.“

Der Artikel des „Sozialdemokrat“, des amtlichen Organs der deutschen Sozialdemokratie, hat sich aber im Prinzip gegen die sogenannte „anarchistische Taktik“ erklärt und bei dieser Gelegenheit an verschiedenen historischen Beispielen, u. A. an dem Beispiele des Kulturkampfes den Nachweis geliefert, daß der Glaube an die Allmacht der mechanischen Gewaltmittel — ein Glaube, den Bismarck mit den „Anarchisten“ theilt — ein thörichtes Irrthum ist. Da das amtliche Organ der sächsischen Regierung sich nur geizt, so ist es verpflichtet, durch richtige Wiedergabe des Inhalts jenes Artikels seinen Irrthum nach Möglichkeit wieder gut zu machen. Thut es dies nicht, so müssen wir gegen das amtliche Organ der sächsischen Regierung formell die Anklage der Fälschung erheben. Jedenfalls werden wir die Sache weiter verfolgen.

Hands off! — Hände weg! Wir meinen die Polizeihände, an denen sich lange Polizeifinger befinden, und die jetzt überall in Deutschland, zur Verhütung der Heiligkeit des Bourgeois-Eigentums, welches der Diebstahl ist, nach dem Arbeiter-Eigentum streifen, welches den Anreizungsquellen des Bourgeois-Eigentums bisher noch nicht zum Opfer gefallen.

Hände weg! Polizeifinger weg von den Arbeitergroßen, welche zwar kein „heiliges“ Eigentum sind, aber ehrliches Eigentum, und welche dem eigentlichen Zweck gewidmet sind, dem Emanzipationskampfe des Proletariats zu dienen. Wohl wissen wir, daß die Polizei, indem sie dieses ehrliche Eigentum zum Gegenstande des Diebstahls macht, nur im Geiste der modernen Bourgeoisgesellschaft handelt, die vom Standpunkte ihrer Diebstahlsmoral kein anderes Eigentum für berechtigt anerkennt als das gefohlene, und deshalb darauf bedacht ist, den Arbeitern, als den alleinigen Erzeugern des „Nationalreichtums“, ihr eigenes Eigentum bis auf den letzten Pfennig wegzunehmen, mit alleiniger Ausnahme dessen, was sie zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit und des arbeitenden Sklaven bedarf — mit andern Worten zur Bereinigung der heutigen, auf Diebstahl und Raub gegründeten Staats- und Gesellschaftsordnung zu dienen. Und daß die wenigen Arbeitergroßen, welche die ausgebeuteten Lohnsklaven von den Diebstahlern ihrer Eigentümler in Sicherheit gebracht, und aus denen sie sich eine Kriegesflotte zu ihrer Befreiung gemacht, — ganz besonders den Anreizungs- und „heiligen“ Eigentumsform der herrschenden Klassen und ihrer Organe herausfordern, das liegt in der Natur der Dinge und kann und daher keinen Moment wundern.

Ob die Arbeiter, die sich solche Kriegesflotten gegründet haben oder zu werden im Begriff sind, zur sozialdemokratischen Partei gehören oder nicht, ist für die Polizei vollkommen gleichgültig. Jeder Arbeiter, der Klassenbewußtsein hat und den Klassenkampf führt oder sich für ihn vorbereitet, ist ihr ein Feind, der mit allen Mitteln bekämpft und aller Kampfsmittel, unter denen bekanntlich das Geld das erste, zweite und dritte der drei notwendigen Dinge ist, beraubt werden muß. Da ist kein Heucheln, kein Verdröhen, kein Zerknerten! Mit dem unerschütterlichen Klasseninstinkt der herrschenden Diebstahlsklasse, deren Ausbruch und Organ sie ist, fühlt die Polizei heraus, wer ein Feind dieser herrschenden Diebstahlsklasse ist, und erblickt sie in Jedem einen Feind, der nicht mit thierischer Stumpfheit sein Sklavenloos als etwas Unvermeidliches, als ein eierne Gebot des Schicksals oder eine gute Sache des lieben Gottes betrachtet, und mit Ergebung und Zufriedenheit hin nimmt. Fachverein, Gewerkschaft, Krankenkasse, Reiseunterstützungs-kasse — einerlei — es ist Alles gute Beute für die langen Finger der Polizei.

Hände weg! Polizeifinger weg!
Und fernerhin die Hände und Polizeifinger heute noch, weil ausgebeutet mit der gesammten Macht der herrschenden Bourgeoisgesellschaft, so stark sind, daß die Arbeiter sie nicht wegstoßen können, so bleibt nur noch eine übrig: das Eigentum der Arbeiter aus der Griffweite der langen Polizeifinger zu entfernen. Und um das: „Hände weg! Polizeifinger weg!“ zu verwirklichen und zu vollstrecken, muß die praktische Lösung sein: Weg von den Händen! Weg von den Polizeifingern!
Und wohlgerne: die deutschen Polizeifinger sind sehr lang.

a. Ein interessantes Gesändnis. Der preussische Landtags-Abgeordnete Berger. Witten ist zwar politisch ein charakterloser Patron, aber unweifelhaft ein sehr gesunder Kopf, der als Grobbourgeois schon immer eine gute Witterung gezeigt hat. Auslöchlich der Beratung der Reichsrevision im preussischen Abgeordnetentag am 20. Mai hat Herr Berger eine Aeußerung gethan, die für die Situation so charakteristisch ist, daß wir sie hier wiedergeben müssen. Von deutsch freisinniger Seite wurde das Geseh bekämpft mit dem Hinweis, daß eine spätere liberale Regierung in Preußen ein besseres Geseh vorlegen werde. Darauf antwortete Herr Berger-Witten: er habe jetzt schon 21 Jahre darauf gewartet und habe das Warten satt.
„Ich warte und hoffe auf eine liberale Regierung nach meinem und meiner Freunde Geschmack nicht

mehr“, sagte er wörtlich nach dem Bericht der „Königlichen Zeitung“. „Bei der gegenwärtigen Konstellation der politischen Verhältnisse in Europa und mit Rücksicht auf unsere sozialen Verhältnisse müssen wir zufrieden sein, wenn wir im äußersten Falle ein gemäßigtes konservatives Regiment bekommen.“
Das ist ganz unsere Meinung. Der Liberalismus in Deutschland ist todt, er hat politisch abgedankt, noch ehe er zur Regierung kam. Die Entwicklung der Verhältnisse ist über ihn hinausgegangen, und daß er das einseht, gereicht seinem Verstande zur Ehre. Die Gegensätze scharfen sich, und der Kampf zwischen der alten und der neuen Welt ist nur noch eine Frage der Zeit.

— Deutschlands Schmach. Wie tief die deutsche Presse in Servilismus und Hyazinthismus versunken ist, zeigt folgende Notiz aus den bereits öfter von uns zitierten „Dresdener Nachrichten“:
„Aus Bismarck schreibt man dem „Pirn. Anz.“, daß am vergangenen Sonntag bei einem Spaziergange, den Se. Kgl. Hoh. Prinz Friedrich August mit der Prinzessin Mathilde nach der zum Jagdrevier des Oberförsters Läger gehörigen Rast unternehmen hatte, der Hund des Prinzen, der sich weiter als sonst von seinem hohen Herrn entfernte, von dem mit einer Platte bewaffneten Sohne des Oberförsters durch einen Schuß niedergestrichen wurde. Es existirt nun wohl das Jagdgeseh, daß Hunde auf jagdbarem Felde ohne Begleitung nicht zu dulden sind. Als sehr auffallend wird sich, wie in der Justizzeitung bemerkt wird, die vorgenannte Affäre aber trotzdem insofern erweisen, als die Hunde der Prinzenfamilie doch in dortiger Gegend von jedem Kind gefaßt werden und der Sohn des Oberförsters einige Minuten vor dem Schuß an den Hohen vorüberging, was ihn doch auf den Gedanken hätte bringen können, daß der Hund zu dem Prinzen gehöre. Se. Kgl. Hoh. soll empört über den Vorfall sein.“

Also der „hohe Herr“ ist empört, weil der Förster, anstatt in dem Hund eine königliche Bekleidung zu erkennen, — „wilttern“ nennt man es ja wohl in der Jagdsprache — seine Pflicht that und auf Grund eines Gesehes, das beiläufig ein standalöses Privilegium der Großen ist, das Vieh niederstieß. Hätte nämlich der Hund einem armen Teufel gehört, so würde „Se. Kgl. Hoh.“ durchaus nicht empört, sondern höchst erbaud über den Vorfall gewesen sein. Der Förster hätte dafür, daß er den Jagdgrund so wader gegen die bürgerliche Kanaille beschützt, einen Orden bekommen, anstatt, wie jetzt, ein Objekt der hohen und höchsten Empörung zu sein. Aber weit entfernt, das Erbärmliche solcher Zustände zu sehen, jaumert die Presse des deutschen Bürgerthums über Verletzung des Respekts vor einem Gottesgnadenvieh, das zu kennen jedes guten Unterthans erste Pflicht ist. Die Peitsche für die Hundeseiten!

— Professoren und Huren kann man immer für Geld haben“, sagte Ernst August, König von Hannover, als die bekannten „Göttinger Sieben“ gegen den von ihm bezugenen Verfassungsbruch protestirten. Der Ausspruch war eigentlich eine Prophezeiung, er trifft heute, nahezu fünfzig Jahre später, weit mehr zu als damals. Heute würden sich schwerlich an einer deutschen Universität sieben Professoren finden, die den Muth hätten, gegen einen Schurkenstreich zu protestiren, der von einem gekrönten oder sonst einem machthabenden Berbrecher ausgeht. Bessern aber deutsche Professoren heute fähig sind, zeigt die Thatfache, daß in Würzburg eine Anzahl von Professoren, darunter Se. Magnifizenz der Rektor besagter Universität, sich „bereitswillig“ dazu hergegeben haben, dem jungen Fürsten von Thurn und Taxis, der sich für zu gut hält, wie andere Erbgeborene ihre Vorlesungen zu besuchen, in seiner Privatwohnung Vorlesungen zu erteilen. Ist's auch nur ein mediatisirter Fürst, so ist es doch ein Fürst, und zwar einer, der viel Geld hat.

Um übrigens Niemand Unrecht zu thun, wollen wir nicht unterlassen, zu bemerken, daß diejenigen Damen der Halbwelt, die etwas auf sich halten, nur in ihrer Wohnung Besuche empfangen. Es sind bios die Gesumfsten ihres Geschlechts, die zu ihren Kunden „auf's Zimmer gehen.“

— Etwas zum Nachdenken. Wir lesen in der Londoner „Justice“:
„Die Vereinigten Maschinenbauer“ haben im Lauf des letzten Jahres 43,923 Pfd. Sterling (878,460 Mark!) mehr verausgabt, als sie auf Grund ihrer hohen Beiträge vereinnahmten. Ihr Vermögen ist mehr zusammengebrochen, als an irgend einem Zeitpunkt der letzten fünfzehn Jahre.“ Und keine Aussicht auf Besserung der gewerblichen Verhältnisse. Der General-Sekretär der Gewerkschaft meint, es könnte eine internationale Arbeitsgehehung notwendig werden. Das ist in der That werth, aufzulesen zu werden.

Die Sache läuft daraus hinaus, daß eine der mächtigsten Arbeiterorganisationen ihre Angehörigen in den Stunden der Noth im Stiche läßt. Wie könnten die Maschinenarbeiter einen Streik aufnehmen, wenn sie eine solche Bilanz hinter sich haben? Glaubt man, daß die Prinzipale nicht darauf Acht geben?
So die „Justice“. Wir aber erinnern daran, daß noch vor wenigen Jahren, auf der Konferenz in Paris, gerade die Delegirten der englischen Gewerkschaften es waren, welche von der internationalen Arbeitsgehehung absolut nichts wissen wollten. Welche treffliche Lehrmeisterin ist doch die Logik der Thatfachen! Noch einige Jahre, und der General-Sekretär der Maschinenbauer-Gewerkschaft kommt vielleicht dahinter, daß vielleicht eine Aenderung des ganzen Produktionsystems „notwendig“ werden könnte.“

— So ist's Recht. Die nationalliberale „Börsezeitung“ tritt jetzt dafür ein, daß Herr Bismarck nicht nur den Fürstentitel seines Vaters, sondern auch seine Reichskanzlerstellung erben soll. Besser kann man und nicht vordemostriren, wie wenig Verstand dazu gehört, das deutsche Volk zu regieren.

— „Auehrbar“. „Auehrbar ist es mit Rücksicht auf die angefehene Stellung eines Reichstagsabgeordneten, wenn ein solcher mit Bezug auf seine Theilnahme an den Reichsgeschäften von Privatpersonen Geldgeschenke annimmt, obwohl dieses durch das Geseh mit klaren Worten verboten ist, weil er nicht nur ein Beispiel der Gesehesverletzung gibt, sondern sich auch in pekuniäre Abhängigkeit von Privatpersonen bringt.“

Was hat das Raumburger Oberlandesgericht in dem Diätenprozesse gegen Genosse Deine „festgestellt“?
Nachdem wir vorausgeschickt haben, daß „das Geseh“, d. h. in diesem Falle die Reichsverfassung, den Bezug einer Privatentlohnung für unbezahlte gesetzgebende Arbeiten nicht „mit klaren Worten“ verbietet, daß dagegen allerdings den Staatsbeamten der Bezug von Privatentlohnungen für Leistungen ihrer amtlichen Thätigkeit ausdrücklich, und zwar bei Strafe verboten ist und unter das Strafgeseh fällt, wollen wir nun nach der Logik und der Ausdrucksweise des Raumburger Oberlandesgerichtes „feststellen“:

„Auehrbar ist es mit Rücksicht auf die angefehene Stellung eines Reichstagsabgeordneten, wenn ein solcher mit Bezug auf die Theilnahme an den Staatsgeschäften von Privatpersonen Geldgeschenke annimmt, obwohl dieses durch das Geseh mit klaren Worten verboten ist, weil er nicht nur ein Beispiel der Gesehesverletzung gibt, sondern sich auch in pekuniäre Abhängigkeit von Privatpersonen bringt.“

Was sagen die Raumburger Oberlandesgerichtspräsidenten zu dieser „Feststellung“? Oder macht es etwa einen Unterschied, daß die bezogene Privatentlohnung „Diäten“ oder „nationales Ehrengeld“ nennt? Und kommt man etwa weniger in „pekuniäre Abhängigkeit“, wenn der Privatgeber ein Bankier, als wenn er ein Arbeiter ist?
Um Antwort wird gebeten.

— Nach einer sehr kurzen Auktionspause ist, wie wir bereits in voriger Nummer mittheilten, der Knownothing (Nichtswisser) Herr

*) 1877 betrug es 275,270 Pfd. Sterling, 1885 ca. 122,000, d. h. eine Abnahme von 153,000 Pfd. (3 Millionen Mark) trotz Erhöhung der Beiträge und Herabsetzung der Unterhaltungen. Gest die Gesehichte so weiter, so wird es in noch nicht 3 Jahren auf Null gesunken sein. Was sagt Herr L. Brentano dazu?
Red. d. „S. D.“

Herr Bismarck, der bisher nur ein einziges Mal geistige Fähigkeiten und diplomatisches Geschick bewiesen hat: nämlich bei der vorsichtigen und umsichtigen Wahl seiner Eltern — dem verdienten Schicksal überliefert und zum Staatssekretär mit 50,000 Mark Gehalt und Spesen ernannt worden. Er ist nun Vize-Kanzler, und hat bios noch seinen päpstlichen Papa über sich. Nach verschiedenen Auslassungen der Replikenpresse zu urtheilen, will der Papa sich nächstens zum Herrgott machen lassen, wie weiland „dem Kaiser sine Frau“, und dann wird — falls nicht vorher die bekannte Katastrophe eintritt — der hoffnungs-volle Julius (Sohn) Vize-Herrgott werden — mit der Fähigkeit, Federling und sonstigen Quark in Gold zu verwandeln — was eine sehr schöne Eigenschaft ist und den Talenten des Knownothing Herbert Bismarck auch entsprechen würde. Sein Vorgänger in dieser Kunst wäre der König Midas gewesen, der sich — seinen Fähigkeiten und seiner Natur gemäß — bekanntlich durch Felslöcher auszeichnete.

— Staatsbürger vierter Klasse. „Von Staatsbürgern vierter Klasse haben wir noch nicht gehört“, wird mancher der Leser wohl denken. Und eigentlich gibt es ja auch nach unserer sozialistischen Anschauung nur zwei Klassen, welche den Klassenkampf mit einander ausfechten. Inzwischen gibt es zwei Klassen und Klassen, und wir meinen hier Staatsbürger der vierten Eisenbahnwagen-Klasse, weil besagte Staatsbürger ja freilich auch zu einer der kämpfenden Klassen im Klassenkampf gehören, und zwar zur Klasse der Unterdrückten und Ausgebeuteten: zum Proletariat. Und als Unterdrückte und Ausgebeutete werden sie betrachtet und behandelt. Man höre nur: In vielen deutschen Bahnhöfen kommt es vor, daß in den Wartesälen vierter Klasse Speise und Getränke verabreicht werden, während die Wartesäle erster, zweiter und dritter Klasse mit Restaurationen versehen sind. Dem im heutigen Klassenstaat herrschenden System der Aushungerung des Proletariats ist das ganz entsprechend. Was braucht das Geseh zu essen, wenn es auf Reisen geht? Das Essen ist, außer bei Bourgeois, eine schlechte Eigenschaft, die dem arbeitenden Volk möglichst abgewöhnt werden muß. Und dazu scheint man die Wartesäle vierter Klasse benutzen zu wollen. Auch ein Stück „Sozialreform“ und „praktisches Christenthum“!

— Rette Zustände. Der Droschkentischer August Edel in Potsdam war am 15. Oktober vorigen Jahres von einem Herrn und einer Dame zu einer Fahrt nach der Wildparkstation engagirt worden, mit der ausdrücklichen Weisung, langsam zu fahren, weil — „die Dame unwohl sei“. Unterwegs stieg der Herr aus, und die fränke Dame fuhr weiter. An der Station angelangt, kam sie in Konflikt mit Edel, und als dieser sie nicht verlassen wollte, schrie sie um Hilfe und behauptete, Edel habe ihr einen unästhetischen Kontrag gemacht, während Edel erklärte, er habe sie nur festgehalten, weil er von ihr drei Mark dafür haben wollte, daß sie unterwegs die Riffen seiner Droschke beschmutzt und den Fußboden naß gemacht hatte. Die Dame gab sich als die Frau des Hoflieferanten B. aus Berlin zu erkennen, und Edel wurde, trotzdem er in Potsdam anständig und noch vollkommen unbedrängt ist, in Untersuchungshaft genommen. Ja, er verblieb sogar darin, als der erste Termin deshalb aufgehoben werden mußte, weil der Fabrikant W. aus Berlin, der die „langsame Fahrt“ mit Frau B. gemacht, es vorgezogen hatte, nicht zu erscheinen. Erst als bei dem zweiten Termin Frau B. es war, die fortblieb, und als ein Kollege des Edel sich gemeldet hatte, um zu bekunden, daß Frau B. eine ähnliche „langsame Fahrt“ in seiner Droschke gemacht, ließ man sich gnädig herbei, Edel freizulassen und ordnete die kommissarische Bernehmung der Frau B. an. Diese aber erklärte plötzlich, die Anklage zurückzuziehen zu wollen, was aber nun nicht mehr anzugehen. In der Schlußverhandlung, die vor 14 Tagen unter gänzlichem Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, wurde dann das Verlahren gegen Edel endgültig eingestellt. „Wer entschädigt ihn aber für die zweimonatliche, unschuldig erlittene Untersuchungshaft?“ fragen die deutschen Blätter. Wir dagegen fragen, wie war es überhaupt möglich, daß Edel auf eine so naive Beschuldigung hin in Untersuchungshaft kam? Kun, die Antwort ist einfach. Frau B. (die Zeitungen verschweigen diskret den Namen) ist die Gattin eines Hoflieferanten, und Edel ist bios ein Droschkentischer, gehört also nach der Ansicht gewisser Herren von vornherein zur „Kanaille“.

Und welche ein Schlaglicht wirft dieser Prozeß auf die vielgepriesene Stillsittlichkeit der „besseren Gesellschaft“ im Lande der Gottesfurcht und frommen Sitte, welche eine Illustration zum Thema von der Heiligkeit der Ehe! Herr Fabrikant W. — ein Fabrikant ist von Natur ein Musterbürger — und Frau Hoflieferant B. — Hoflieferanten sind die Creme des Musterbürgerthums — in der langsam fahrenden Droschke. Was meinen Sie dazu, Excellenz-Landminister? Sie lesen ja unser Blatt sehr aufmerksam, wie wäre es, wenn Sie einmal aus diesem interessanten Prozeß die Moral zu ziehen versuchten?

Die Moral? D, die liegt ja auf der Hand. Herr Fabrikant W. hat eben auch — einen guten Geschmack.

— Aus Berlin wird uns geschrieben:
„W. r. Sie stellt sich dumm, die gutgesinnte Ordnungspresse bis herab zu den Fortschrittblättern. Sie weiß gar nicht, warum der Belagerungsstand um den Versammlungszusatz verschärft ist. Sie kann ganz und gar keinen Grund finden, warum der Kleine so lächlich wächst. Die Streikbewegung kann doch nicht schuld sein.“
Rein gemiß nicht, das böse Streiken wird von der „Kreuzzeitung“ und was dahinter steht, nur vorgehoben, um den Profitgeiern des deutschen Freisinn den Mund zu stopfen, um zu bewirken, daß ihre Presselasten a la „Berliner Tageblatt“ nur leise etwas schmolzen, soweit es der politische Anstand erfordert, aber nicht wirksam hegen, wie in Angelegenheiten des Reichthums. Rein, die Streikbewegung ist nicht schuld; es wird ihr nur im Vorbeigehen ein grünelich mit ausgewischt werden.

Ein gewisser Umschwung ist schuld, ein kräftiger Umschwung, welcher durch Gewaltstreik oder Wahlfälschung der Reichsverfassung bevorsteht. Derselbe wird viel Gegner haben, deshalb muß man sorgen, daß die Gegnerkraft nicht laut wird, und der Versammlungsparagrah ist ein Schritt dazu, ein sehr wesentlicher Schritt.

Denn da bei der genannten Gelegenheit das Sozialistengesetz bewirkt, daß die Arbeiter heute die Faust nur in der Tasche halten können, der Kulturfriede dazu dient, daß die Pfaffen ihren Segen dazu geben,

eine Pressnebelung schlimmer denn je selbstverständlich gleich mitkommt (sonst geht's ja nicht),

so ist nur noch die Unterdrückung von Versammlungen nöthig, um unbedequate Proteste niederzuhalten.

Wo der neue Belagerungsparagrah soll politisch zur vollständigen Versumpfung des öffentlichen Lebens dienen, beiläufig dient er wirtschaftlich zur besseren Fällung des Geldbades.

Einen anderen Sinn hat er nicht, kann er nicht haben. Die innere Befreiung der neuen Verfassung, welche er nach äußerlicher Beurtheilung vielleicht befördern könnte, ist schon jetzt gegeben, denn die neue Verfassung wird den Großgrundbesitzern, den Großindustriellen, den Großhändlern, den großen Geldleuten nützlich und angenehm sein, und das sind die Leute von Einfluß, alle ändern — auch die Arbeiter vorläufig noch — können bios spekulieren.

Die Schwarzküthen, welche vermöge der Volksdummheit noch ein ernstes Wort reden könnten, sind, wie angezählt, schon vor der Verfassungsänderung mit einem Profit bedacht.

So, nun wäre der gutgesinnten Presse ein Licht aufgedeckt. Doch die ist lahm und zahm und feige, kurzum gutgesinnt, und sie wird sich wieder dumm stellen und schreiben: „Unmöglich, undenkbar, so etwas können und wollen wir nicht glauben!“

— Die internationalen Mordmörder an der Arbeit. Durch einen glücklichen Zufall ist vor einigen Tagen ein schändlicher Anschlag auf das Leben eines europäischen Regenten“ entdeckt worden. In Vurgas haben acht Verschwörer, darunter der russische Exkapitän Jokolow, zwei Montenegriner, zwei Griechen und ein Pole am 17. ds. Monats beschlossen, den Fürsten von Bulgarien, der auf einer Reise begriffen ist, womöglich dingfest zu machen, den Minister Karame-low zu ermorden und die Revolution zu proklamieren. Ein Mitverschwörer, der Bauer Michalow, verriet sie.

Es ist sicher, daß die Verhafteten in Rußland Ritterschworne hatten, und zwar bis in die höchsten und allerhöchsten Regierungskreise, denn ihr geplanter Handstreich hätte den Zweck, der Befreiung Bulgariens durch die Russen die Wege zu ebnen. Wäre Fürst Alexander

